



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/138 ~ 17.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Revolte in Ostberlin	S. 1
Die USA und Syngman Rhee	S. 3
Berlin und die Bundesrepublik	S. 5
Zur Säuberung in den USA-Büchereien	S. 7

Das erschütterte Regime

P.R. In Berlin stehen in dieser Stunde die Dinge auf des Messers Schneide. Wenn nicht alles täuscht, haben die Sowjets die feste Absicht, das Übergreifen der aufstandähnlichen Bewegung auf die Zone zu verhindern. Der Antransport starker russischer Verbände von außerhalb Berlins und der starke Einsatz von Sowjetpanzern sind alarmierende Zeichen. Es ist sicher ein notwendiger Rat an die Bewohner Ostberlins und der Sowjetzone, sich nicht provozieren zu lassen, zumal man wohl annehmen kann, daß die Tendenz der Abkehr von den superradikalen Richtlinien des Parteikongresses im Sommer 1952 anhalten wird, die wieder im Zusammenhang mit dem Bestreben gesehen werden muß, mit dem Westen in ein Gespräch auf der höchsten Ebene zu kommen.

Es wurde gesagt: sich nicht provozieren zu lassen. Das könnte den Eindruck erwecken, als handle es sich bei den Streiks und Demonstrationen in Berlin um eine gelenkte Aktion mit dem Ziel, auf dem Umwege über solche inszenierten Temperamentsausbrüche eine Zahl besonders aktiver Elemente im Widerstand gegen das SED-Regime hervorzulocken und unschädlich zu machen; oder auch um den Versuch, über die bisherige Verhaftungswelle hinaus entscheidende personelle Veränderungen (Ulbricht und sein engster Anhang) durch eine breiteste Öffentlichkeit sanktionieren zu lassen; schließlich um das Bemühen, die gelockerte Disziplin und den abgeschwächten Furchtkomplex durch eine klug eingefädelt und dann

brutal zusammengeschlagene Gegenaktion wieder herzustellen.

Das ist, so glauben wir, zu kompliziert gedacht. Es war wohl einfach so, daß die neue Ausbeutung durch die vorgesehene und öffentlich noch nicht zurückgezogene Normerhöhung zusammen mit weithin sichtbaren Zeichen einer immer schwerer erschütterten Organisation in Partei und Verwaltung an einer Stelle den Funken überspringen ließ, der einen schnell um sich greifenden Brand entzündete. Es ist außerordentlich bezeichnend für die Lage in der Sowjetzone, daß es die Arbeiter, in erster Linie die Bauarbeiter, waren, die den in einer Diktatur bewundernswerten Mut aufbrachten, so massiv dem Gewaltregime die Stirn zu bieten. Und es werden, das ist wohl sicher, ganz überwiegend mehr oder weniger heimliche Sozialdemokraten gewesen sein.

Es stimmt übrigens nicht, daß es sich um die erste Aktion dieser Art gehandelt hat, wenn es auch die bisher größte, wirksamste und sichtbarste war. Streiks und Demonstrationen in den Betrieben, sogar in mehreren Betrieben einzelner Orte gleichzeitig, haben im Laufe der letzten Jahre immer wieder in der Sowjetzone stattgefunden. Zuletzt streikten am 27./28. Mai 2000 Arbeiter der VEB Kjellberg und Finag in Finsterwalde und erreichten damit wenigstens eine Vertagung der Normenerhöhung. Zu Teilstreiks kam es Ende Mai und Anfang Juni im VEB Hermann Mattern in Roßwein / Sachsen und in der SAC-Synthese in Schwarznöbde. In dieser Zeit streikten auch die Belegschaft der Bau-Union Rostock auf einer Autobahnstelle. Sie wehrte sich dadurch mit Erfolg gegen die Kündigung von 42 Arbeitern, die zugunsten der Einstellung von 80 Strafgefangenen entlassen werden sollten.

Dies ist in jedem Fall sicher: die SED hat ihren letzten Rest von Ansehen, der schon längst nicht mehr moralischen, sondern nur noch machtpolitischen Inhalt hatte, bei der Bevölkerung verloren. Ihre Funktionäre wissen das. Das Regime wird sich von diesem Schlag nicht mehr erholen und unabhängig davon, welches das Ergebnis dieser erregenden Tage ist, werden die Dinge nicht mehr zur Ruhe kommen, der entscheidende Einbruch in die Position des Pankower Regimes ist erfolgt. Wichtig ist auch dies: gerade die "arbeitenden Massen der werktätigen Bevölkerung" - um diese beliebte Wendung des kommunistischen Sprachgebrauchs hier zu übernehmen - hat an diesem drastischen Beispiel erst den richtigen Begriff von ihrem eigenen politischen Gewicht bekommen, und der ganzen westlichen Welt wurde bestätigt, was sie im Grunde wußte, wie diese Menschen zu dem Regime stehen, in dem sie heute noch leben müssen.

Syngman Rhee - und was dann ?

H.St.-New York, Mitte Juni

Die Revolte des Präsidenten der Republik Südkorea, Dr. Syngman Rhee, gegen die vom Oberkommando der "Vereinten Nationen" bewilligten Bestimmungen des Waffenstillstandes im koreanischen Krieg hat sich in allerletzter Stunde als schweres Hindernis für den endlichen Abschluß der Feindseligkeiten in diesem Lande erwiesen. Zur Zeit hat der Widerstand der Südkoreaner gegen verschiedene Klauseln des Waffenstillstandsabkommens, die sie teils als "amerikanisches Diktat" und teils als Kapitulation vor den Kommunisten empfinden, noch nicht nachgelassen; freilich ist man in politischen Kreisen der amerikanischen Bundeshauptstadt allgemein der Ansicht, daß Rhee auf die Dauer seine Drohung, allein und auf eigene Faust weiter kämpfen und den Waffenstillstand nicht anerkennen zu wollen, unmöglich wahr machen kann. Rhee hat in diesem Augenblick in Amerika keinerlei Unterstützung; selbst Leute der äußersten Rechten, wie der General MacArthur nicht fernstehende konservativ-republikanische Senator Knowland, nennen den Waffenstillstand nicht mehr ein "Appeasement der Kommunisten", sondern begrüßen ihn und verurteilen Rhees Opposition dagegen.

Syngman Rhee - unbequem und eigenwillig

Immerhin handelt es sich um eine ernsthafte Krise; und das vorübergehende Schwanken des Schweizerischen Bundesrates und der Indischen Regierung, das Mandat für die neutrale Waffenstillstandskommission anzunehmen, zeigt ja, daß die Gefahr bestand, der ganze mühsam ausgehandelte Plan des Gefangenenaustausches und der Beendigung der Feindseligkeiten könnte durch Rhees Manöver gesprengt werden. Auf der anderen Seite muß man zugeden, daß die Enttäuschung im Lager der Südkoreaner nicht ganz unverständlich ist. Syngman Rhee war als Verbündeter immer unbequem und eigenwillig; der autokratische alte Herr, von rücksichtslosem Ehrgeiz und Machtthunger getrieben, hatte von Amerikanern und anderen Freunden der Republik Korea nur darum akzeptiert werden müssen, weil einfach in dem ganzen Lande kein Ersatz vorhanden und kein anderer Staatsmann von ähnlichem Prestige und Ansehen verfügbar war.

Nun hatte, nicht sehr geschickt, die UNO drei Jahre proklamiert, für die Wiedervereinigung Koreas eintreten zu wollen - und niemand kann Syngman Rhee übel nehmen, daß er den Schluß zog, die UNC-Truppen würden ihm helfen, diese Wiedervereinigung mit Waffengewalt zu erzwingen und Nordkorea gewaltsam unter die Kontrolle der Regierung von Seoul zu stellen. Natürlich muß er nun enttäuscht sein, daß der Waffenstillstand stillschweigend dieses Ziel abschreibt und lediglich in unbestimmter Form zum Ausdruck bringt, die jetzt bevorstehende "politische Konferenz" solle für das Ziel der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln, d.h. auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen, eintreten.

UNO bestimmt Konferenzort

In der Zwischenzeit muß die Generalversammlung der "Vereinten Nationen" in Aktion treten" das Waffenstillstandsabkommen sieht vor,

daß diese zusammentritt und die erwähnte "Politische Konferenz", die also ungefähr die Rolle einer regulären Friedenskonferenz zu spielen haben wird, einberuft, wobei Konferenzort, Zeitpunkt und Liste der einzuladenden Staaten von der UNO-Generalversammlung festzulegen sein werden. Theoretisch kann diese Generalversammlung sogleich zusammentreten, und die politische Konferenz könnte um den 1. Juli herum eröffnet werden; praktisch wird sich das freilich wohl noch etwas länger hinausziehen. Jedermann will erst einmal warten, was die Bermuda-Konferenz der westlichen "Großen Drei" beschließen wird; und sollte gar im Anschluß daran wirklich eine Viererkonferenz mit den Russen stattfinden, dann gilt es als sicher, daß alle sonstigen Verhandlungen solange zurückgestellt werden. Die "Politische Konferenz" dürfte im besten Falle erst gegen Ende des Sommers zusammentreten - und wie lange sie beisammen bleiben muß, bis irgendwelche konkreten Maßnahmen für die politische Friedensregelung in Ostasien vorgelegt werden können, ist natürlich absolut ungewis.

Alles das, Rhees Proteste sowie die komplizierte Maschinerie der bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen, klingt einigermaßen unbefriedigend, und niemand scheint so recht von Herzen froh über das Ende der Feindseligkeiten in Korea zu sein. Dabei soll man doch nicht vergessen, daß dieses im Grunde ein grandioser Triumph ist: Eine kommunistische Aggression konnte durch die Solidarität der freien Welt, die entschlossene Aktion der "Vereinten Nationen" und die rasche Anwendung des Prinzips der kollektiven Sicherheit abgewehrt und zurückgeschlagen werden. Das ist in dürren Worten das Kernergebnis des koreanischen Krieges - und obwohl ein teurerer Preis in Menschenleben dafür zu bezahlen war, ist dieses Ergebnis doch sehr begrüßenswert. Hinzufügen muß man, daß auch in der Frage der Zwangsrepatriierung der Kriegsgefangenen die kommunistische Seite bei weitem nicht erreichen konnte, was sie zuerst forderte, und daß die endlich beschlossene Kompromißlösung gerecht, vernünftig und vom liberalen Rechtsstandpunkt aus durchaus akzeptabel ist. Abwehr einer rechtswidrigen Aggression und schließliches Einlenken des Aggressors zur Waffenruhe sind zwei beachtliche Erfolge.

Weder Sieger noch Besiegte

Auf der anderen Seite ist der Aggressor nicht regulär besiegt und nicht für seine Aggression "bestraft" worden. Wenn man von geringfügigen Verschiebungen der Zonengrenze zwischen Nord- und Südkorea absieht, ist der "Status quo" wieder hergestellt worden - und so betrachtet, hat der Krieg unentschieden geendet. Wenn das der Grund für Syngman Rhees Mißvergnügen ist, dann hätte er es schon vor gut einem Jahr äußern sollen, als die Waffenstillstandsverhandlungen klar erkennen ließen, daß man schließlich und endlich auf den Status quo zurückkommen werde; heute plötzlich dagegen zu widersprechen und mit Obstruktion zu drohen, muß den Eindruck entstehen lassen, daß Rhee an Frieden und Waffenstillstand nicht interessiert ist. In diesem Falle muß die Organisation der "Vereinten Nationen" auf ihn Rücksicht zu nehmen, denn es wäre unvorstellbar, daß sie sich durch ihn in eine Verlängerung oder Erneuerung der Kämpfe hineinverstricken läßt. Der so mühsam errungene Waffenstillstand in Korea, so lautet das ganz allgemeine Urteil in Kreisen der Vereinten Nationen, darf weder durch kommunistische Schliche, noch durch Syngman Rhees unverantwortliche Dickstirnigkeit erneut gefährdet werden.

Land Berlin gehört zur Bundesrepublik

-tt-"Das Land Berlin ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik. Sein Territorium ist ein Teil des Bundesgebietes" Mit diesen beiden lapidaren Sätzen hat das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in einem überzeugenden Gutachten ein Problem geklärt, das gerade in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation von ebenso aktueller wie grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Frage der gesamtdeutschen Wahlen kann, wenn die seit Stalins Tod angelaufene Entwicklung in einem auch nur annähernd gleichartigen Tempo vorangetrieben werden sollte, möglicherweise in einem Zeitpunkt auf der Tagesordnung stehen, der noch vor ganz kurzer Zeit für weit in der Ferne liegend angesehen wurde. Für diesen Fall und auch schon für seine verhandlungsmäßige Vorbereitung ist die staatsrechtliche Klärung des Status von West-Berlin dringend erforderlich, der immer noch einer gewissen Ausnahmeregelung durch die Besatzungsmächte unterliegt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen stellt in seinem Gutachten vom 15. Juni 1953 fest, daß dem Lande Berlin nach dem Willen der Besatzungsmächte zur Zeit noch nicht die vollen Rechte eines Gliedstaates der Bundesrepublik zustehen. Aber diese Beschränkungen, die sich aus der Ziffer 4 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 ergeben, beinhalten lediglich, daß es keine abstimmungsberechtigten Vertreter in das Bonner Parlament entsenden darf. Außerhalb dieser beiden Hemmnisse aber greifen keine weiteren Beschränkungen des Bundesland-Status West-Berlins Platz, und auch sie sind, wie zu sehen sein wird, zum Teil nur noch formal in Kraft. Denn mit Zustimmung der Westalliierten ist von Bonn und West-Berlin aus der Weg der teilweisen und mittelbaren Einbeziehung West-Berlins in den Bund schrittweise und soweit gegangen worden, daß, wenn auch nicht kraft Grundgesetzes, so doch kraft korrespondierenden Berliner Gesetzesbefehls West-Berlin heute vom Bund aus ebenso regiert wird wie jedes andere westdeutsche Land. In der Praxis des staatlichen Lebens, so kann das Gutachten des Kaiser-Ministeriums feststellen, bestehen keine grundsätzlichen Unterschiede mehr zwischen Berlin und den übrigen Bundesländern.

Auf den Gebieten der Rechtssetzung, der Verwaltung und der Rechtsprechung ist heute die unmittelbare Zuständigkeit von Bundesorganen für West-Berlin rechtlicher und unanfechtbarer Tatbestand. Aus einer großen Zahl von Hinweisen seien nur einige wenige zitiert. So gelten Rechtsverordnungen zu Bundesgesetzen, die Berlin übernommen hat, ohne weiteres auch für Berlin. Die Berliner Finanzbehörden, sofern sie Zölle und Bundessteuern verwalten, und das Berliner Postwesen unterliegen den Weisungen der betreffenden Bundesminister. Zuständig für Berlin sind der Bundesgerichtshof und der Bundesfinanzhof sowie in aller Kürze das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht, das seinen Sitz in Berlin haben wird. Berlin hat aber nicht nur praktisch das gesamte Bundesrecht bereits übernommen, es ist mit Zustimmung der Alliierten sogar rechtlich verpflichtet, alles geeignete Bundesrecht zu übernehmen. Auf diesem Wege ist also eine völlige Rechtsgleichheit zwischen Berlin und dem Bundesgebiet herbeigeführt worden. Darüber hinaus ist auch auf dem Gebiete des Finanzwesens die absolute Gleichstellung Berlins mit dem Bund faktisch geworden.

Bleibt das Problem der Beteiligung Berlins oder besser der Berliner an den Bundeswahlen. Hier allerdings stehen die Westalliierten immer noch auf dem Standpunkt, daß die West-Berliner kein aktives Wahlrecht haben sollen. Eindeutig geklärt dagegen ist die Frage des passiven Wahlrechts, denn nach den alliierten Bestimmungen ist es nicht verboten, so stellt das Gutachten des Kaiser-Ministeriums fest, daß eine in Berlin wohnhafte Person in den Bundestag gewählt wird. Das neue Bundestagswahlgesetz will aber nicht nur das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht der Berliner positiv im Sinne des Status Berlins als Gliedstaat der Bundesrepublik regeln. Es sollte im gesamtdeutschen Sinne und Interesse erwartet werden dürfen, daß sich bei der dritten Lesung am Freitag keine Widerstände mehr gegen diese selbstverständliche Lösung erheben werden.

+ + +

Moderne Inquisitoren

ae. Jeder Tag scheint mehr die Richtigkeit der Auffassung zu bestätigen, daß die USA heute weniger von ihrem östlichen Gegenspieler bedroht werden als vielmehr von den Leuten vom Schlage des Senators McCarthy, der drauf und dran ist, die größte demokratische Vormacht der Welt in den Ruf der Lächerlichkeit zu bringen. Das letzte schamlose und schandbare Beispiel lieferte das Verhör des USA-Hochkommissars Conant durch den McCarthy-Untersuchungsausschuß. Man könnte dies als eine rein inneramerikanische Angelegenheit abtun, wenn nicht allgemeine Grundsätze darein verwickelt wären, die das Verhältnis der USA zur Außenwelt berühren.

McCarthy's "Spitzel auf Gummisohlen", die berüchtigten Kommunistenjäger Cohn und Schine, hatten auf ihrer kürzlichen europäischen Schnüffeltour auf ersten Anlaß in den amerikanischen Büchereien in der Bundesrepublik 30000 Bücher mit kommunistischem Inhalt und Tendenzen entdeckt. Die USA-Büchereien - es gibt deren 40 in Westdeutschland und Berlin - als Herd bolschewistischer Propaganda - welch ein schrecklicher, beunruhigender, die Sicherheit der USA bedrohender Gedanke ... Seitdem setzte ein Großreinemachen ein, weltbekannte Autoren verschwinden von den Regalen. Die Oasen der Freiheit, einst gedacht, den wissenshungrigen Deutschen den Blick für die Zusammenhänge in der Welt nach Jahren erzwungener Absperrung zu erweitern, werden bald ebenso trostlos sein, wie die Blubo-Büchereien im Dritten Reich oder in der Sowjetzone. Dort geht seit langem der gleiche Prozeß vor sich und nicht selten fällt auf den gleichen Autor das Verdammungsurteil. Auf recht sinnfällige Weise wird den gerade noch unter dem Schock der Reeducation leidenden Deutschen demonstriert, daß zwischen dem Amerika des Großinquisitors McCarthy, dem geistfeindlichen Dritten Reich und den auf die Reinheit ihrer Lehre bedachten bolschewistischen Graishütern keine Unterschiede bestehen. Sie alle verbindet der gleiche Geist der Unduldsamkeit.

Das geistige Amerika und auch die höchste politische Führungsspitze scheinen sich der Gefahr bewußt zu werden, die durch den McCarthyismus der Freiheit und dem Ansehen der USA in der Welt drohen. Der würdevolle Brief Einsteins an die amerikanischen Intellektuellen, eher wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen als sich den Gesinnungsschnüfflern zu unterwerfen wie auch das mutige Einstehen Conants für die Geistesfreiheit sind erfreuliche Anzeichen dafür.